

Verantwortl. Redakteur: A. O. Köppler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nottbohm, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, 19. Dezember. Die in Deutschland regierenden 21 fürstlichen Familien zählen zur Zeit im Ganzen, nach Ausweis des neuesten Gothaischen Hofkalenders, 207 männliche Mitglieder. Am zahlreichsten ist dabei die preussische Königsfamilie, mit Einschluß der fürstlichen Familien Hohenzollern, vertreten: sie zählt im Ganzen 27 männliche Mitglieder. Allerdings hat König Ludwig keine noch mehr, nämlich 29, unter ihnen befinden sich aber vier Mitglieder, die sich nicht Fürsten nennen dürfen, sondern Grafen von Platen heißen, aber doch erberechtigt sind. Die königliche Familie von Bayern zählt 23, die herzogliche von Sachsen-Koburg-Gotha 21 Mitglieder, für Sachsen-Weimar 11, für Hessen 10, für Mecklenburg-Schwerin 9, für Oldenburg, Württemberg und das Königreich Sachsen je 7, für Mecklenburg-Strelitz und Sachsen-Meiningen je 6 verzeichnet. Die regierenden Fürsten eingeschneidet, hat Baden nur 5 Fürsten, Anhalt sowie Sachsen-Altenburg nur je 4 Fürsten, während in Lippe-Deimold und in Schwarzburg-Sondershausen der Bestand der Fürstenhäuser nur noch auf den Augen je des Fürsten und eines Bruders desselben, in Meckl. u. v. auf denen des Fürsten und seines Sohnes beruht, und in Schwarzburg-Köndigsdorf der Fürst das einzige männliche Mitglied seiner Familie ist. Von den männlichen Angehörigen der regierenden Familien in Deutschland leben 36 dauernd im Auslande, so 19 sachsen-koburgische in England, Belgien, Portugal, Bulgarien und Oesterreich-Ungarn, 3 mecklenburgische in Oesterreich und Ungarn, 3 preussische (bayerische) in Rumänien, 4 oldenburgische in England und Oesterreich, 3 sachsen-weimarsche in Oesterreich, ein Prinz von Sachsen-Weimar in England und ein Prinz von Württemberg in Oesterreich.

In den letzten Jahren haben die akademischen Kreise, die sich für die deutschen regierenden Häuser nie erworben haben, stark zugenommen. So führen, abgesehen von den Ehrendoktoren, Prinz Ludwig Ferdinand und Herzog Karl Alexander von Bayern den medizinischen, Prinz Max von Baden, Prinz Max von Sachsen und Prinz Ernst von Sachsen-Weimar den juristischen und die Herzöge Karl Michael und Georg Alexander von Mecklenburg-Strelitz den philosophischen Dokortitel.

Von den lebenden männlichen Mitgliedern regierender Familien in Deutschland sind zur Zeit 13 morganatisch vermählt: Prinz Karl von Baden (Gräfin von Romena), Prinz Ludwig von Baden (Frau von Bartsch), Prinz Heinrich (Frau von Dornberg) und Prinz Wilhelm von Preußen (Frau von Nichteberg), Herzog Georg Alexander von Mecklenburg-Strelitz (Gräfin von Carlow), die Herzöge Einar und Konstantin von Oldenburg (Freihr. von Vogel von Friesenborg und Gräfin von Jarnelau), Prinz Eduard von Sachsen-Weimar (Gräfin von Dornburg), Herzog Georg und sein Sohn Prinz Ernst von Sachsen-Meiningen (Freihr. von Helldorf und Freihr. von Salsfeld), Prinz Otto von Schaumburg-Lippe (Gräfin von Hagenburg) und die Prinzen Erich und Hermann von Waldeck (Gräfin von Orenseim und Gräfin von Waldeck).

Das kaiserliche österreichische Haus hat 31 männliche Mitglieder, überwiegt damit also alle im Reich regierenden Familien, das kaiserliche russische 28. Als Mitglied des österreichischen Hauses wird im Hofkalender immer noch Erzherzog Johann (Johann Erich) aufgeführt. Wenn auch dabei der Zusatz steht, verstorben seit dem 15. August 1890, so bedeutet es doch, daß Johann Erich amtlich noch nicht als tot angesehen wird.

Der Generalleutnant z. D. Kirchhof, welcher den Redakteur des „Berliner Tageblatt“, Darich, zu erziehen versuchte, wurde, wie die „Staatsbürger-Zeitung“ meldet, dieserhalb vom Militärgericht zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt. Diese Strafe hat derselbe vor Kurzem auf der Festung Magdeburg angetreten. Am 1. v. M. ist er jedoch, nachdem er etwa 14 Tage verblüht hatte, vom Kaiser begnadigt worden.

In der Besetzung der Poststellen tritt vom 1. April nächsten Jahres eine Veränderung ein. Von genannten Zeitpunkte ab bekommen die Poststellen, wie die „Kreuz-Ztg.“ berichtet, eine bestimmte Summe an Gehalt; alle bisherigen Nebenleistungen an Reisegeldern, Zeitungs- und Briefgeldern u. s. w. fließen dagegen in die Postkasse. Zur Zeit erhalten die Postagenten nur eine kleine Entschädigung für ihre Amtstätigkeit, bestehend in Gehalt und den erwähnten Nebenleistungen. Es tritt somit vom 1. April nächsten Jahres eine Verfestigung der Poststellen ein, wie man im Reichspostamt auch bereits der Frage einer Pensionsberechtigung der Postagenten näher getreten ist.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen, liberal sozialreformatorisch vorzugehen, ist auch die Frage angeregter worden, was speziell von Seiten der Schule geschehen könne, um der sozialdemokratischen Propaganda mit Erfolg entgegenzuwirken. Die Oberpräsidenten in Preußen, welche zur Beantwortung diesbezüglicher Fragen veranlaßt worden waren, haben, wie wir hören, ihrer Weisung nach davon abgesehen, besondere Schritte zu unternehmen resp. die Bekämpfung der Sozialdemokratie wenn auch nicht als einen Unterzielsgegenstand, doch gewissermaßen in den Vorplan anzunehmen. Dagegen ist von nicht wenigen Oberpräsidenten empfohlen worden, die Stellung der Volksschullehrer, wo erforderlich, so weit aufzubessern, daß dieselben überall ihren Dienst mit der Pünktlichkeit und Freigebigkeit versehen können, welche auch in ihrer vorbildlichen Bedeutung als eine der besten Schutzwehren betrachtet werden könne gegen das Umpfergehen der sozialdemokratischen Bewegung, ganz besonders auf dem Lande.

Gestern Nachmittag 1 Uhr fand im Reichsamt des Innern eine Sitzung des Kuratoriums der Reichsbank unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Staatssekretärs Dr. v. Winterfeldt statt, an welcher u. a. auch der Staats- und Finanzminister Dr. Michael und der Staatssekretär des Reichs-Schatzamts Dr. Graf v. Posadowsky theilnahmen.

Es wird gemeldet, daß der radikal-antifeministische Abgeordnete Förster beabsichtigt, im Reichstage als Gegenstück zur wirtschaftlichen Vereinigung eine „freie antifeministische Vereinigung“ zu schaffen. Wir bezweifeln, daß es insbesondere Herrn Förster möglich sein werde, aus den übrigen

Parteien eine irgendwie nennenswerthe Anzahl von Abgeordneten zu veranlassen, sich um seine Person zu scharen.

Die Anarchisten veranstalteten am Sonntag Nachmittag in Weissenhof eine öffentliche Versammlung, die von etwa 100 Personen besucht war. Die „Post“ berichtet darüber: Man beschränkte sich mit dem Anarchismus und dem Verhalten der verschiedenen politischen Parteien zu ihm, wobei die Sozialdemokratie am schlechtesten wegkam. Ueber die Attentate sprach man mit weit größerer Offenheit, als es in Berlin zu geschehen pflegt. Legatarbeiter Petersdorf, der nach Verhängung einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe (wegen Ausreißens) zum ersten Male wieder öffentlich auftrat, hielt den Terrorismus zwar nicht für geeignet, Systeme zu stützen, glaubt aber, daß man den Attentätern keine Sympathie nicht verweigern könne. Im Vergleich zu den Worten der Bourgeoisie sei das, was die Anarchisten thun, jedenfalls ein Kinderpiel. (Beifall.) Noch etwas deutlicher war der Rechtsanwalt Wiefenthal. Ihm waren Reinsdorf, Stellmacher, Kadachof, Pallas und namentlich Baillant gute Genossen, die ungeheuren Muth bezeugen. Den Muthigen, der die Skandalen abwerfe, müsse man ehren, besonders Baillant, der sein Spiel, sondern ein Freiheitskämpfer sei. Herr Petersdorf schränkte diese Sympathieäußerung wieder etwas ein. Er für seine Person bringe „es“ nicht fertig, er töde auch seinen Feind nicht.

München, 18. Dezember. Kammer der Abgeordneten. Bei der heute begonnenen Spezialberatung des Etats des Ministeriums des Innern beantragte Grellenberg in längerer Rede die Minister gerätheten Hebe die Verwerfung des Postens „Ministergehalt“. Der Minister des Innern, Hr. v. Jellisch, berichtete die seitens der Sozialisten aufgestellten Behauptungen und erklärte, die Entschlüsselung des Ministeriums sei längst erlassen worden, durch welche die Errichtung von Geheimgewerkschaften empfohlen werde. Die Staatsregierung sei für Einführung der Gewerksämter, diese sei aber Sache der Gemeinde. Was die angeführten Verbote von Versammlungen angeht, so würden dieselben durch die Reichs-Strafgesetzsatzung gerechtfertigt. Die Sozialisten hätten in den Verordnungen die Religion, Monarchie und die Staatsgesetze, die edelsten Sitten der Nation, auf das unerhörteste angegriffen. Der Minister appellirte schließlich gegenüber den Sozialisten an die Kammer. Auch stimmte im Namen der Liberalen dem Minister bei, ebenso Orierer im Namen des Zentrums. Das Ministergehalt sowie die nächsten Kapitel des Etats wurden genehmigt.

Dresden, 18. Dezember. Die Erste Kammer ließ in ihrer letzten Sitzung das vom Dr. med. Engelmann in Dresden erneut eingebrachte Gesuch um Befreiung der Prügel als Judymittel in den Schulen abermals auf sich beruhen.

Stuttgart, 18. Dezember. Dem „Neuen Tagblatt“ zufolge ist nach der Rückkehr des Reichsministers Schott von Schottensheim von Berlin die offizielle Mitteilung über die Veränderungen in den Verhältnissen unseres Heereskorps zu erwarten.

Wie die Eisenbahnverwaltung, so sucht nun auch unsere Postverwaltung durch zeitgemäße Einrichtungen den Verkehr zu heben. Mit Neujahr treten im innerwürttembergischen Post- und Nachrichten-Verkehr bedeutende Fortschritte ein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Dezember. Herrenhaus. Das von dem Minister für Landesverteidigung Grafen Belfersheim dargelegte Programm für die weitere Entwicklung der Landwehr und des Landsturmes umfaßt im Wesentlichen die Ausnutzung der verlängerten Präsenzdienstpflicht zur Erhöhung der Stärke der Truppenkörper, um den Dienst und die Ausbildung, von den unteren Feldabteilungen anfangen, in den höheren Verbänden angemessen fortsetzen zu können. Das Programm betrifft hinsichtlich der Landwehr-Infanterie die Vervollständigung der Organisation der Regimenter, sowie die Vorzüge zur Bildung von Stämmen für die in Kriege zu bildenden Reserve- und Ergänzungsbataillionen. Hinsichtlich der Kavallerie betrifft das Programm die Vermehrung der Zahl der Eskadrons von 4 auf 6; ferner wird die Bildung von eigenen Landsturm-Evidenzhaltungen bei den Bataillions-Kommandos beabsichtigt, um eine angemessene und intensiver Evidenzhaltung und Vorbereitung der Mobilisierung der im großen Maßstab in Aussicht genommenen Landsturmformationen zu begünstigen. Diese Maßregel soll durch das bereits eingebrachte Gesetz über die Weidelpflicht der Landsturmpflichtigen unterstützt werden. Das Programm enthält ferner eine entsprechende Vorzüge des Schulwesens zur Deckung des erhöhten Bedarfs an Offizieren, sodann Vorzüge dafür, daß die im Kriegsfalle erforderlichen Kommandanten der Landwehr-Divisionen und Brigaden bereits im Frieden vorhanden sind; endlich betrifft das Programm die Verbesserung und Vervollständigung der Ausbildung der Landwehr und des Landsturmes in jeder Richtung, namentlich mit denen der Marschirten. Der Minister hofft schließlich, die Landwehr werde stets von dem eifrigsten Streben befeuert sein, ihr Möglichstes zu leisten. (Lebhafter Beifall.)

Wien, 18. Dezember. Herrenhaus. Bei der Beratung der Landwehrvorlage betonte das Mitglied des Herrenhauses, Chef des Generalstabes FML. Fr. v. Beck die Nothwendigkeit der Vermehrung der Streitkräfte unter Hinweis auf die allmähliche Steigerung der Wehrkraft sämtlicher Staaten seit dem Kriege von 1870-71. Eine Vermehrung der Armee sei aus politischen und finanziellen Gründen ausgeschlossen, man müsse sich an die Landwehr halten. Erst die Vorlage gewähre der Landwehr die Möglichkeit, ihre Stärke zu erhöhen und die Unterabteilungen tüchtiger heranzubilden. Der moderne Krieg stelle so hohe Anforderungen an jeden einzelnen Soldaten, daß die Nothwendigkeit bestehe, die Mannschaft zum Gehorham und zum Vertrauen in ihre Führer zu erziehen, was bei der einjährigen Dienstpflicht nicht erreichbar erscheine. Andere Mächte rüsten konsequent, unbefürchtet um die großen Kosten. Oesterreich stehe in dieser Beziehung zurück und schreite mit Rücksicht auf die finanzielle Lage nur langsam aber mit einem festen Ziele im Auge vor. Der alte Satz „si vis pacem, para bellum“ werde noch eine Reihe von Jahren im Vordergrund bleiben. Er empfehle die Annahme der Vorlage. (Lebhafter

Beifall.) Der Landesverteidigungsminister Graf Belfersheim dankte dem Redner und entwickelte das Programm über die Verwendung der Landwehr und des Landsturmes. Das Haus nahm die Landwehrvorlage in zweiter und dritter Lesung an.

Wien, 18. Dezember. Wie die Abendblätter melden, hat der Kaiser dem Professor Mommsen in Berlin das Ehrenzeichen für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Wien, 18. Dezember. Der böhmische Stadthalter Graf Thun ist wegen der Landtagsession hier eingetroffen.

Wien, 18. Dezember. Von informierter Seite verlautet, daß Oesterreich-Ungarn fest entschlossen sei, die von Frankreich beanspruchte Begünstigung französischer Weine selbst in dem Falle nicht zu bewilligen, wenn Frankreich mit der Kündigung des Handelsvertrages drohen sollte.

Wien, 18. Dezember. Die Meldung, daß eine außergewöhnliche Magnaten-Ernenennung bevorstehe, wird demittirt.

Schweiz.

Der Bundesrath in Bern unterbreitet der Bundesversammlung ein Gesetz gegen die Anarchisten. Der Entwurf bestimmt im Wesentlichen: Wer zu verbrecherischen Handlungen anmuntet, welche das Leben von Personen in Gefahr bringen, wird mit Zuchthaus bestraft, und zwar von mindestens 5 Jahren, wenn die Absicht des Umsturzes der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung vorliegt. — Wer Sprengstoffe, von denen er weiß, daß sie zu Verbrechen gebraucht werden sollen, herstellt, aufbewahrt oder damit umgeht, wird mit mindestens fünf Jahren Zuchthaus bestraft. — Wer Sprengstoffe zu verbrecherischen Zwecken gebraucht, wird mit zehnjährigem lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. — Wer einen Menschen, der den verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen plant oder Sprengstoffe zu verbrecherischen Zwecken gebraucht, der Behörde nicht anzeigt, wird mit Gefängnis von mindestens drei Monaten bestraft. Wird die Anmuntung oder Anleitung zu Verbrechen, welche das Leben von Menschen in Gefahr bringen, durch die Presse begangen, so werden diejenigen, welche zur Verwirklichung oder Verbreitung der Schriftstücke mitgewirkt haben, mit Geldstrafe bis zu 10000 Franken oder mit Gefängnis oder mit beiden bestraft.

Frankreich.

Paris, 18. Dezember. Deputirtenkammer. Der Deputirte Turrell interpellirte über die Handelsbeziehungen Frankreichs zu Oesterreich. Beide Länder hätten sich gegenseitig das Wechselseitigkeitsrecht zugesprochen, Oesterreich weigere sich aber, Frankreich die Einfuhrung zuzugestehen, welche es im August 1892 den italienischen Weinen bewilligte. Der Wiener hob die Wichtigkeit des österreichischen Marktes für die französischen Weine hervor. Der Ministerpräsident Jamais Perier erinnerte daran, daß Frankreich und Oesterreich im Jahre 1884 sich den niedrigen Tarifen zugestanden. Im Jahre 1892 sei durch besondere Abmachungen der österreichische Zoll auf italienische Weine auf 12 Franken herabgesetzt worden. Oesterreich sage nun, daß sie keine Tarifermäßigung, sondern eine der Grenze gemachte Konzession. Nachdem diese Weine einmal die Grenze passiert hätten, würden sie insofern leicht weiter verbreitet, deshalb habe Frankreich auch reklamiert und die eingeleiteten Verhandlungen würden fortgesetzt. Oesterreich müsse Frankreich untreu gegen den niedrigen Tarif zugehen. Die Regierung hoffe Vertheidigung dieser Forderung zu erlangen, andernfalls würde sie zu ihrem großen Bedauern gezwungen sein, andere Abregeln zu ergreifen. (Beifall.) Die von Turrell vorgeschlagene Tagesordnung, die Erklärung der Regierung zur Kenntnis zu nehmen, wird hierauf angenommen.

Paris, 18. Dezember. Kammer. In der Debatte über die Nachtrags-Kredite erhob Pelletan Widerpruch gegen deren unausgesetztes Annahmen trotz der Besprechungen der Regierung. (Beifall auf der äußersten Linken.) Finanzminister Durand erwiderte, die Nachtrags-Kredite würden 1893 nur die Höhe von 65 Millionen Franken erreichen, während dieselben in den vorhergehenden Jahren 120 Millionen Franken überstiegen hätten; es sei also eine Besserung und die Hoffnung vorhanden, sie gänzlich zu schwinden zu sehen. Die Lage sei keineswegs bedrohlich. Pelletan beantragte hierauf die Verweisung der Nachtrags-Kredite an eine Kommission, wegen der Finanzminister Einspruch erhob. Der Antrag wurde abgelehnt. Hierauf erfolgte die Annahme der Nachtrags-Kredite mit 358 gegen 128 Stimmen.

Paris, 18. Dezember. Senat. Die Gesetzentwürfe über den Verkehr mit Explosivstoffen und über die Vereinigungen mit verbrecherischen Tendenzen wurden ohne Diskussion angenommen.

Nach einem in Moskau umlaufenden Gerüchte soll Admiral Nowikow eine ständige Flottenstation an der französischen Küste als eine Gefahr für die Disziplin der russischen Offiziere und Seeleute bezeichnen haben. Wenn bezeugt wird, der russische Marine-Minister habe daraufhin das Anwerben einer Marine-Station in den französischen Gewässern abgelehnt, so ist dies entschieden übertrieben oder gänzlich unrichtig. Wohl möglich aber ist, daß sich das russische Geschwader aus verschiedenen Gründen vorzugsweise im östlichen Theil des Mittelmeeres aufhalten wird. Der Verkehr der Offiziere des russischen Geschwaders mit dem griechischen Hofe war, so lange das Admiralschiff im Piräus lag, ein sehr lebhafter, während das Publikum den Gästen gegenüber sich durchaus theilnahmslos verhielt. Am Mittwoch sind die beiden größten Schiffe, „Niolaus I.“ und „Panajot Nowikow“, nach der Adriaen-Insel Paros abgedampft. Damit dürften die Athener Hofleute ihren Abschied gefunden haben.

Paris, 18. Dezember. In den französischen Blättern der verschiedenen Richtungen finden sich neuerdings nicht bloß pikante Mittheilungen, die dem Perikrates-Verleumdung Baillants volles Genüge thun, sondern auch sehr detaillierte Angaben über Bewegungen innerhalb des russischen Militärs, über Militär-Zusammenkünfte, Verschwörungen und dergleichen mehr. Diese Erzählungen brauchen nicht alle auf Wahrheit zu beruhen, sie können freier Erfindung ihre Entstehung verdanken. Sie schweben aber in jedem Falle, daß zwischen dem Anarchismus und dem ihm gefühnngs-verbundenen Militarismus einerseits und der französischen Presse der verschiedenen Richtungen

andererseits eine Intimität besteht, die zum Mindesten so aufrichtig ist wie die von Kronstadt-Toulon.

Paris, 18. Dezember. Der Deputirte de Vahy hat, von Gefühnngsgenossen unterstützt, einen Antrag eingebracht, daß im Bereiche von Befestigungen, militärischen Posten und Seefähren in Frankreich, in den französischen Kolonien und Schutzgebieten niemals von Ausländern Terrain erworben werden dürfe.

Paris, 18. Dezember. Den Abendblättern zufolge soll das bei dem Anarchisten Verheau vorgefundene Pulver vom Chef des Gemeindeforschungslaboratoriums als ein sehr gefährliches Sprengmittel erkannt worden sein.

Die Vernehmung Baillants durch den Untersuchungsrichter, dem der Attentäter ein offenes Geständnis ablegte, gestaltete sich wie folgt:

Richter: Woher haben Sie das Geld für die Fabrikation der Bombe genommen? — Baillant: Das ist ganz einfach; ich wandte mich an einen vermögenden Anarchisten und sagte ihm, ich will einen großen Coup ausführen, von welchem ganz Paris sprechen wird; dafür brauche ich Geld und möchte, da ich isolirt handeln will, Niemandem Aufschlüsse geben. Der betreffende Anarchist, dessen Namen ich nicht verrathen will, gab mir sofort ohne weiteres hundert Franken. Ich trat in Folge dessen aus der Arbeit, mietete ein kleines Hotelzimmer und kaufte vor Allem in einem Gefäßabzähler zwei kleine Eisentöpfe, jeden um 95 Centimes. Ich kaufte deren zwei, für den Fall, daß einer bei der Unterfertigung der Bombe unbrauchbar würde. Ich brauchte auch chemische Produkte, deren Anschaffung Verdacht erwecken konnte, ich schrieb mich daher in den Medezettel als Färber und Fleckpuder ein und kaufte in verschiedenen Farbwaarenhandlungen ohne Schwierigkeit kleine Quantitäten für 20 bis 30 Centimes. Als ich genug Material hatte, kaufte ich drei Pfund Stiefelnägel und ging dann an die Unterfertigung der Bombe. Ich brauchte zwei Wochen, um alle Elemente der Bombe zu kombinieren und zu vereinigen, denn ich ging mit aller gebotenen Vorsicht vor. (Der Verbrecher gab hier einige sachliche Details über die Beschaffenheit der Bombe, welche eine sogenannte Umsturz-Bombe ist, also bereits durch Vermehrung der Bestandtheile ohne Anwendung einer Zünde die Explosion herbeiführt.) Den leeren Raum in der Bombe füllte ich mit kleinen drei Pfund Nägeln aus. Alle gingen darauf, bis auf 160; ich habe sie abgezählt. Vorher wühlte ich noch mit einem Hammer den Boden des Kochtopfes, damit meine Bombe, welche nur durch Umstürzen explodieren konnte, in keinem Falle aufrecht liegen bleibe. — Richter: Wie brachten Sie die Bombe in die Deputirtenkammer? — Baillant: Ich hatte meine Bombe Freitag Nacht eingebracht, der Deckel war mittelst Eisendrahtes fest angebracht, der Deckel war entfernt. Sonntags Vormittags band ich mir mittelst einer festschnürten Flanellbinde die Bombe auf den Bauch, knöpfte darüber meinen Rock und Paletot zu und fuhr mit der Tramway bis vor die Deputirtenkammer. — Richter: Fürchteten Sie nicht, daß die Bombe unterwegs explodire? — Baillant: Was wäre weiter daran gelegen? Meine Eingeweide wären in die Luft geflogen. Es war 11½ Uhr, als ich mich vor dem Kammerpalais aufstellte. Ich hatte zwar ein Billet, welches ich von dem Deputirten Argelles bekommen hatte, in der Tasche, wollte es aber nicht benutzen. Ich hatte bereits Donnerstag Einlaß gesucht, um zu sehen, von welchem Punkte aus ich die Bombe am besten schleudern könnte, aber ich konnte keinen Platz finden. Ich beschloß daher, Sonntags zeitig zu kommen, um sicher eingelassen zu werden. Wäre die Freiheitlinie vollständig besetzt gewesen, so hätte ich von meinem Billet Gebrauch gemacht. Drinnen angelangt, zwang man mich, meinen Paletot in der Garderobe abzugeben, aber das war mir egal, mein Rock verbergte ja die Bombe. — Richter: Beschäftigten Sie nach vollemgenußem Coup zu flüchten? — Baillant: O nein, ich wollte die Bombe auf die Ministerbank schleudern, dann hätte ich mich unmittelbar nach der Explosion laut gemeldet und meine Thätigkeit ausgedrückt. Leider verhinderte mich die Bewegung einer Frau, welche vor mir saß, meine Bombe kräftig zu schleudern und dieselbe explodirte zu früh. An der Nase durch einen Nagel getroffen und durch den Bauch, den ich stark eingeschluckt, fast erstickt, konnte ich nichts sagen, und verfiel, wie die übrigen, die Gallerie. — Richter: Aber warum melieten Sie sich nicht gleich als Thäter, da Sie nicht flüchten wollten? — Baillant: Ich wollte sehen, welche Wirkung die Bombe auf alle diese Leute machen würde. Das machte mir Spaß. Ich analysirte nicht dabei, wie die Frauen den anwesenden Kommissaren erklärten, die Bombe hätte eine lange Zünde gehabt, sie hätten dieselbe anzünden sehen u. s. w. Alle Welt war rein toll; so zum Beispiel kamen Franzosen, welche mit mir in der Freiheitlinie waren, wiederholt an mir vorüber, ohne mich zu erkennen. Auch das machte mir großen Spaß. Leute zu sehen, welche nur Abschlüssen hatten und sich verloren glaubten. Die Frau eines Deputirten, welche an der Bank ein bißchen wechelte, sagte zum Arzt, welcher sie verband: „Doktor, Sie tödten mich.“ — Richter: Wussten Sie, daß Abbe Vauvre schwer verwundet war? — Baillant bemerkt darauf eynisch: „Gefährdet ihm ganz recht! Ein Geistlicher hat nichts in der Kammer zu thun.“ — Richter: Aber es giebt unschuldig Verwundene! — Baillant: Und das war doch nur ein Unfall! Hätte ich keinen Nagel vermischt, so wären viele getödtet worden. — Richter: Warum haben Sie das Attentat begangen? — Baillant: Die Gesellschaft zwang mich, das zu thun. Ich befand mich in einer elenden Lage, ich hatte Hunger. Ich bin zufrieden mit mir, und man wird mich thun, mich zu tödten, denn wenn ich freigesprochen und freigelassen würde, das klingt wie Spaß, ist es aber durchaus nicht, so würde ich in acht Tagen das selbe wieder anfangen.

Wien, 18. Dezember. Gestern wurde bei dem Zentral-Polizei-Kommissariat eine Bombe aufgefunden, deren Zünder abgebrannt war, ohne eine Explosion herbeizuführen.

Italien.

Rom, 18. Dezember. Zu Unterstaatssekretären wurden ernannt die Deputirten: Salandra, Finanze; Danio, Justiz; Antonelli, auswärtiges; Constantin, Unterricht.

Großbritannien und Irland.

London, 18. Dezember. Unterhaus. Der

Staatssekretär des Innern, Asquith, erklärte, daß die von verschiedenen Rednern in den Verfammlungen der Arbeitslosen gehaltenen heftigen anarchischen Ansprüchen den Gegenstand der Untersuchung und Erwägung der Regierung bilden; den Beschluß der Regierung hierüber könne er erst in einigen Tagen mittheilen. Der Premierminister Gladstone theilte mit, daß Gerald Portals Bericht über Uganda vollendet und dem auswärtigen Amte zugeföhrt sei, doch habe bisher kein Minister in diesem Einricht genommen. Der Staatssekretär des Krieges, Campbell-Bannerman, gab die Erklärung ab, daß die in Frankreich mit elektrischen Edison-Torpedos vorgenommenen Versuche von der Regierung verfolgt wurden; die Regierung sei jedoch der Ansicht, daß jene Torpedos nicht die Vortheile der in England eingeföhrt in sich vereinigen.

London, 18. Dezember. Unterhaus. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die dritte Lesung des indischen Anleihegesetzes angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte der Kanzler des Schatzes, Harcourt, auf Wunsch der indischen Regierung, daß das Experiment gemacht worden, für welches sehr gewichtige Stimmen eingebracht seien. Wenn das Experiment erfolglos bleiben sollte, so müßten in Zukunft andere Maßregeln ergriffen werden.

Die jüngsten Wechselkurse auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz lassen den Ausgang des Matabelkriege wieder in weitere Ferne gerückt erscheinen. Lobengula hat die definitive Entscheidung solange hinausgezögert verstanden, bis der Eintritt der Regenzeit ihm einen Bundesgenossen an die Seite geführt hat, mit welchem die englische Kriegsführung nicht so leicht als mit den Matabeln fertig werden dürfte. Das plötzliche Aufschwellen der Binnenflüsse und die dadurch herbeigeföhrt Unpassirbarkeit ihrer Ufer hat die unter Major Wilson stehende Vorhut der gegen Lobengula operierenden englischen Streitkräfte abgeschnitten, und bei der numerischen Schwäche des kleinen Häufchens herrschen wegen des Schicksals desselben im englischen Publikum ernste Befürchtungen.

Afrika.

Kairo, 7. Dezember. Die feierliche Eröffnung der Eisenbahnlinie Ismailia-Port-Said hat einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Die Zeremonie erhielt erhöhte Bedeutung durch die Anwesenheit des Ägyptischen Kaisers, dessen Popularität auch bei dieser Gelegenheit zu Tage trat. Wo er erschien, wurde er mit Begeisterung begrüßt. Die Aus schmückung der verschiedenen Objekte an der neuen Linie, sowie der Städte Ismailia und Port-Said ist weit glänzender ausgefallen, als man nach der anfänglichen Spärlichkeit der für diesen Zweck gewidmeten Beiträge hätte erwarten dürfen. Insbesondere bot der Hafen von Port-Said ein großartiges Bild. Die Festlichkeit in Ismailia entbehrte aber auch nicht eines politischen Belegschmacks, indem man englischerseits dem Verzuge der Franzosen, der Zeremonie ein ausschließlich französisches Gepräge zu geben und den Suezkanal als eine französische Fahrstraße erscheinen zu lassen, mit Erfolg entgegentrat. In Ismailia wurde nämlich der Ägypter von den Vorgesetzten der Suezkanal-Gesellschaft, und zwar von Herrn J. Guldberg im Namen der Gesellschaft, und von Sir John Stoles im Namen der Königin von England begrüßt. Sir John Stoles wies nun in seiner Ansprache mit deutlich wahrnehmbarer Spitze darauf hin, daß in den Händen der englischen Regierung die größte Anzahl von Aktien der Suezkanal-Gesellschaft sich befände. Außerdem markierte Sir John auch durch eine Aeußerlichkeit diesen Standpunkt, indem er, obgleich er nicht mehr aktiver Offizier ist, für diese Festlichkeit die große englische Generaluniform angelegt hatte. Ueber die Eisenbahnlinie selbst ist zu bemerken, daß das Material — größtentheils französischen Ursprungs — durchwegs von vorzüglicher Qualität ist und die Waggon bester Eleganz mit großem Komfort vereinigt. Die Strecke, welche sich auf 29 Kilometer ausdehnt, wird in drei Stunden zurückgelegt. Die längs des Suezkanals laufende Linie besitzt neun Stationen.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 19. Dezember. An den hiesigen Hören Schulten werden Ostern 1894 den Programmten folgende Abhandlungen beigelegt werden: Stadiographum: Theodor Venzke, Beiträge zur Geschichte der Stettiner Matheschule in fünf Jahrhunderten, I. Theil: Friedrich-Wilhelms-Realgymnasium: Rudolf Thiele, Ergebnisse der Nordpolarforschung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts; Schüler-Realgymnasium: Friedrich Kradenbach, Katalog der Anfänge-Bibliothek. Das Marienlyzeum und Kaiser-Wilhelms-Gymnasium werden nur Schulnachrichten veröffentlichen.

Herrn Uhrmacher C. Dahlweg hiersebst ist ein Patent auf ein von ihm konstruirtes Wiederholungs-Schloßwerk für Uhren ertheilt. — Das Reichsmarineamt hatte im Jahre 1891 eine Preisbewerbung für einen starken und schnellen modernen gepanzerten Kreuzer ausgeschrieben. Wie das „Al. Journ.“ meldet, sind im Ganzen 8 Projekte eingelaufen. Nach dem erst jetzt bekannt gewordenen Resultat der Prüfung wurde das Projekt der Maschinenbau-Alien-Gesellschaft „Germania“ als dasjenige, in welchem die gestellte Aufgabe am besten gelöst war, anerkannt; dann kam der Stettiner „Vulkan“. Die Schiff- und Maschinenbau-Alien-Gesellschaft „Germania“ hat einen Preis von dreißigtausend Mark erhalten und der Stettiner „Vulkan“ einen solchen von zwanzigtausend Mark.

Die Sozialdemokratie scheint ihre Fühler jetzt auch nach den höheren Schichten der kalten ausstrecken zu wollen. In Greifswald haben Primaner des dortigen Gymnasiums Beziehungen zu der sozialdemokratischen Partei angeknüpft, indem sie die Parteiführer in ihrer Wohnung aufsuchten und sozialistischen Versammlungen bewohnten. Von der Schulbehörde wurde eine Untersuchung einleitet. Einer der Theilnehmer erklärte dem Direktor bei dem Verhör u. a., seine politischen Ansichten hätten sich noch nicht geändert, er wisse daher noch nicht, ob er sich wirklich der Sozialdemokratie anschließen würde. Von den maßgebenden Behörden werden die entsprechenden Maßregeln getroffen, um in Zukunft ähnliche Erscheinungen zu verhindern.

In der Zeit vom 10. Dezember bis 16.

sollen zerstört, 320 Personen getödtet und 630 ver-
legt worden sein. Der Schaden längs der Küst
soll bedeutend sein.